

Schweiz: Katholikinnen übernehmen eine Vorreiterrolle

Die Schweizer Bischofskonferenz muss noch nie da gewesene Forderungen umsetzen: Frauenquoten, Ombudsstellen für Gleichstellungsfragen oder sakramentale Dienste für Seelsorgerinnen.



Simone Curau-Aeppli, Präsidentin des SKF

Noch nie haben Schweizer Katholikinnen mit so viel Nachdruck so konkrete Forderungen für eine geschlechtergerechte Kirche gestellt: So sollen die Bischöfe etwa zwei Ombudsstellen für Gleichstellungsfragen schaffen, Quoten bezüglich der Vertretung von Frauen in Leitungsgremien festlegen oder Frauen mit beratender Stimme an ihren Vollversammlungen zulassen.

Der Forderungskatalog ist kein utopisches Manifest. Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) wird die Vorschläge an ihrer digitalen Versammlung nächste Woche debattieren, wie Generalsekretär Erwin Tanner bestätigt.

Gemeinsame Beratungen

Vorausgegangen waren Beratungen zwischen der Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF). «Neu ist, dass wir diese Forderungen oder Erwartungen gemeinsam formuliert haben», sagt Simone Curau-Aeppli, Präsidentin des mit 130'000 Mitgliedern grössten konfessionellen Frauendachverbands der Schweiz.

Im Rahmen des Reformprozesses «Gemeinsam auf dem Weg zur Erneuerung der Kirche» kam es am 15. September in Delsberg zu einem historischen Treffen zwischen Delegationen der Bischofskonferenz und des Frauenbundes. Beide bildeten eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Vonseiten der Bischofskonferenz gehören ihr Erwin Tanner und der Basler Weihbischof Denis Theurillat an. Sieben konkrete Forderungen hat die Arbeitsgruppe formuliert.

«Es geht also nicht darum, dass die Bischöfe Ja oder Nein sagen zu den Forderungen, sondern darum, wie diese umgesetzt werden sollen», so Curau. Und: «Wir fordern nur, was ohne Segen von Papst und Rom umsetzbar ist.» Darum habe man bewusst auf das Postulat der Frauenordination verzichtet. «Weil für die Bischöfe nicht akzeptabel, hätten wir damit nur Öl ins Feuer gegossen.»

Es geht vielmehr um pragmatische Forderungen, die von der Bischofskonferenz oder auch von einzelnen Bischöfen umgesetzt werden können. Kein Geheimnis ist, dass gewisse konservative Bischöfe wie Marian Eleganti sich nicht darauf einlassen wollen.

Weltweit einzigartig: Frauen beraten Bischöfe

Postuliert werden unter anderem neue Formen der sakramentalen Sendung für Frauen wie Taufe oder Krankensalbung. Curau: «Heute begleiten Seelsorgerinnen ganz selbstverständlich junge Familien oder Kranke, müssen das Taufen und Salben aber den Priestern überlassen.»

Wohl weltweit einzigartig ist, dass Frauen mit beratender Stimme an den Vollversammlungen der Bischofskonferenz teilnehmen sollen. «Ganz generell dürfen in einem kirchlichen Gremium nie mehr Männer ohne Frauen über substanzielle Dinge diskutieren», postuliert die SKF-Präsidentin. Darum sollen auch auf allen kirchlichen Ebenen Quoten für Frauen in Leitungsgremien definiert werden.

«Frauen werden verbindlich in die Entscheidungsprozesse einbezogen», heisst es im Positionspapier. Gemeint sind etwa bischöfliche Räte und Kommissionen.

Auch eine Reorganisation des bischöflichen Frauenrats wird angestrebt. Der von Bischof Theurillat präsidierte zehnköpfige Rat durfte bisher nur im Stillen arbeiten. Deshalb verzichtete der Frauenbund bisher darauf, in dem Rat vertreten zu sein. Curau: «Wir fordern mehr Kompetenzen, ein Antragsrecht bei der Bischofskonferenz und das Recht, öffentlich zu kommunizieren.»

«In einem kirchlichen Gremium dürfen nie mehr Männer ohne Frauen über substanzielle Dinge diskutieren.»

Damit die Forderungen nicht ins Leere laufen, ist ein Controlling vorgesehen. Am Schluss des Erneuerungsprozesses sollen alle Beteiligten eine Auslegeordnung vornehmen mit der Frage, wie es weitergehen wird. Die Frauen unterstützen auch den überraschenden Wunsch von Bischof Theurillat nach einem weltkirchlichen Konzil zur Frauenfrage. «Aber nur, wenn Frauen dabei antrags- und stimmberechtigt sind», sagt Curau.

Seit dem Frauenkirchenstreik im Juni 2019 nehmen die Frauen das Heft in die Hand. Mit den aktuellen Reformpostulaten wollen sie weiter Druck aufbauen, «solange das noch möglich ist», ergänzt die Verbandspräsidentin: «Wenn jetzt nichts passiert, werden die engagierten Katholikinnen in drei bis fünf Jahren alle weg sein.» Sie ist überzeugt, dass die Forderungen Signalwirkung auch nach aussen haben werden, etwa für den internationalen Catholic Women's Council oder für den deutschen Synodalen Weg. «Wir Schweizer Frauen übernehmen eine Vorreiterrolle. Wir sind liberal, verfügen an der Basis über Geld und haben bereits Präsidentinnen an der Spitze der staatskirchenrechtlichen Landeskirchen.»

Die Reformvorschläge sollen beim geplanten Vatikan-Besuch im Sommer dem Papst vorgelegt werden.

mns.com / 28.11.2020